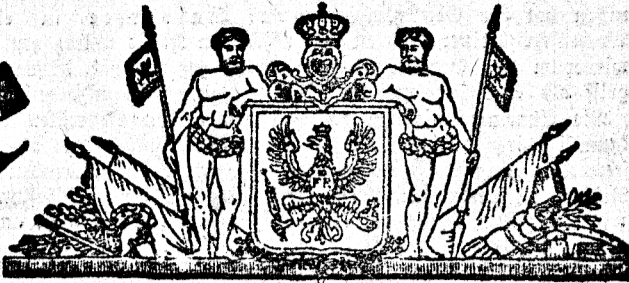


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage. Allgemeine Verlosungs-Tabelle. Wochenkurszettel der Berliner Börse.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. in Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 33 1/2 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26 und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale. Ullstein & Co. Moritzplatz 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Beteiligung Deutschlands in Washington?

Besprechungen im Haag.

os Rotterdam, 10. Oktober.

Nachdem bereits am Mittwoch im Haag eine Besprechung über die Teilnahme Deutschlands an der Konferenz in Washington mit Vertretern der dortigen deutschen Gesandtschaft und zwei Vertretern der deutschen Fachvereinigungen einerseits und einem Vertreter des Internationalen Bundes der Fachvereinigungen andererseits stattgefunden hatte, fand gestern eine zweite, noch längere Besprechung zwischen einem Mitgliede der deutschen Regierung und zwei Vertretern des internationalen Bundes statt. Diese erklärten in ihrer Eigenschaft als Sekretäre des internationalen Büros, daß, falls Deutsch-

land und Oesterreich an der Konferenz teilnehmen würden, die Arbeitervertreter auf der Konferenz als ersten Punkt der Besprechung die Frage der Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten mit den Rechten auf die Tagesordnung bringen würden. Sollte im Gegensatz zu der ausdrücklichen Erklärung, die das Internationale Büro in dieser Angelegenheit von den alliierten Regierungen empfangen hat, beschlossen werden, daß die deutschen und österreichischen Vertreter zugelassen sind, dann werden die Arbeitervertreter aller dem Internationalen Verbaude angeschlossenen Länder sich sofort von der Konferenz zurückziehen und einen selbständigen internationalen Fachvereinigungs-Kongress einberufen. Das Mitglied der deutschen Regierung erklärte daraufhin, er werde seiner Regierung raten, an der Konferenz teilnehmen zu lassen.

Parteilosigkeit Auseinandersetzungen.

Die Stetigkeit der Monarchie.

Die Nationalversammlung mußte gestern eine Rede des Unabhängigen Abg. Senke über sich ergehen lassen. Man tritt dem früheren Gemalthaber von Bremen nicht zu nahe, wenn man seiner kalten Demagogie den guten Glauben und den guten Willen abspricht. Den „Höhepunkt“ seiner Rede bildete der Versuch, die Militärmacht der Entente auf Deutschland zu hegen. Zu diesem Zweck stellte er die Behauptung auf, daß die zum Schutz von Leben und Eigentum vor Plünderungen und Raubzügen begründeten „Einwohnerwehren“ einen Teil der deutschen Streitmacht darstellen. Die Absicht, mit Hilfe des Entente-Imperialismus in Deutschland das bolschewistische Chaos heraufzubeschwören, trat aber so unverhüllt hervor, daß sie ihr Ziel verfehlen mußte. In seiner Erwiderung wies Reichsminister Bauer darauf hin, daß auch in England neuerdings Einwohnerwehren eingerichtet worden seien. Mit großer Entschiedenheit betonte er auch die Pflicht der Allgemeinheit, das Leben der Volksgemeinschaft gegen gemeingefährliche Anschläge, passive Resistenz und Sabotage zu schützen. Die große Mehrheit der Arbeiter verlange diesen Schutz und lasse sich darin durch keine demagogischen Behauptungen hindern.

Einen breiten Raum nahmen ferner Auseinandersetzungen zwischen der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei ein, die mit nicht geringer Schärfe geführt wurden. Den Hauptstreitpunkt bildete das Bekenntnis zur Monarchie, das Dr. Heinze erneuerte, mit der Erklärung, daß diese Staatsform das höchste Maß von „Stetigkeit“ verbürge. Es wurde ihm erwidert, daß man der Heiterung Kaiser Wilhelms alles andere nachsagen könne als Stetigkeit. Andererseits wird niemand bestreiten können, daß die jetzige Form der parlamentarischen Regierungsweise weit besser erprobt ist, dem Ideal zu entsprechen. Aber die Kinderkrankheiten dieses Systems lassen sich überwinden, und die Deutsche Volkspartei sollte jede Möglichkeit wahrnehmen, dabei positiv mitzuwirken. Anzuerkennen ist, daß Dr. Heinze von der neuerdings wieder üblich werdenden Kammerweise ausdrücklich abtrübdete und die nationale Gestaltung der Demokratischen Partei als außer Zweifel stehend bezeichnete. Es ist schlimm genug, daß solche Erklärungen nach soviel gemeinsamem Leid und angesichts so ungeheurer gemeinsamer Aufgaben überhaupt noch ausdrücklich abgegeben werden müssen.

In der gestrigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung gab Eisenbahnminister Oeser bemerkenswerte Erklärungen über die Notwendigkeit starker Einschränkungen des Personen- und Güterverkehrs. Der Bericht befindet sich in der zweiten Beilage.

Haldanes Erinnerungen.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 10. Oktober.

Ueber seine Unterredung mit Kaiser Wilhelm vor Jahre 1900 zu Berlin sagte Haldane noch, daß die Militärpartei damals in Deutschland zweifellos nur eine Minorität vertrat. In ganzen Late das deutsche Volk sehr viel Ähnlichkeit mit dem engl. allerdings mit dem Unterschied, daß die Deutschen dazu erzogen seien, den Befehlen ihrer Herrscher zu folgen. Haldane habe auch damals eine lange Unterredung mit dem Kaiser. Der Kaiser sprach sich dahin aus, daß das englisch-französische Abkommen die Herstellung guter Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland vereinfachen könnte. Der Kaiser erklärte ferner, daß er derzeitige Beziehungen wünsche und zurzeit verhalten lasse, durch anwesende höhere

französische Persönlichkeiten solche Beziehungen anzuknüpfen. Der Kaiser betonte, daß er nicht daran dachte, auch nur einen Daumen breit französischen Bodens zu verlangen. Er meinte dann, daß die Reise nach Langer etwas sehr Natürliches gewesen sei. Sondernfalls habe er damals keinerlei Streit gesucht. Wenn er irgendeine Ausbreitung gesucht hätte, so wäre dies nur auf kommerziellem Gebiet gewesen. Er sei fest davon überzeugt, daß der Austrittsentscheid der Konferenz im Haag überzeuge, daß der Austrittsentscheid der Konferenz im Haag unmöglich teilzunehmen können.

Freilassung unserer Zivilinternierten in Frankreich.

Heimtransport in einigen Tagen.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Laut Nachrichten des französischen Ministeriums des Aeußern an das politische Departement in Bern ist die Freilassung der deutschen Zivilinternierten in Frankreich beschlossen. Der Heimtransport beginnt in einigen Tagen.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die Gesamtzahl der Heimkehrer, die bis zum 9. Oktober in den Durchgangslagern eingetroffen sind, beläuft sich auf rund 270 000 Mann. Alle Kriegsgefangenen, die sich auf französischem Boden in amerikanischer Hand befanden, sind jetzt zurück. Ferner befinden sich unter den Heimkehrern rund 8500 Mann, die in belgischer Kriegsgefangenschaft waren.

Der Vertrag im französischen Senat.

Meldung der Papas-Agentur.

Paris, 10. Oktober.

Der Senat trat gestern in die Erörterung der Friedensverträge ein. Bourgeois als Berichterstatter sagte u. a., die Steuerföhe der Deutschen dürften nicht nur denjenigen der Angehörigen der alliierten Länder gleich sein, wie dies der Friedensvertrag vorschreibt, sondern müßten höher als diese sein. In dieser Hinsicht sei der Friede kein Siegfriede. Bei Besprechung der Entwaffnung Deutschlands, wie diese im Vertrag vorgesehen ist, führte der Redner aus, daß die vorgesehenen Maßnahmen sofort nach der Ratifikation in die Tat umgesetzt werden müßten. Clemenceau ruft dazwischen: „Wird geschehen, darüber besteht kein Zweifel. Es befinden sich 100 französische Offiziere in Berlin, um darüber zu wachen!“

Bourgeois führte dann weiter aus, daß die Allianzverträge mit England und Amerika sich Freiheit und Sicherheit erster Ordnung gegen spätere deutsche Ueberfälle seien. Das Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich habe sich von Grund aus geändert. Der Friedensvertrag enthalte die nötigen Vorkehrungen, um dieses Verhältnis aufrecht zu erhalten. Nach Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland müßten die Alliierten unter sich einen Vertrag abschließen, welcher den Versailles-Vertrag interpetierte. „Ich hoffe“ fuhr der Redner fort, daß sich binnen Kurzem auch Spanien uns anschließen wird. Die Zeit ist gekommen uns mit unseren Verbündeten über ein Vorgehen in Rußland ins Einvernehmen zu legen. Wir haben die dringende Pflicht das Eindringen Deutschlands in Rußland unter bolschewistischer Marke zu verhindern.“ (Rufstimmung.) Der Redner erklärte, wenn der Völkerverbund nicht hielte, was er versprochen, so würde dies den größten Mißerfolg für die ganze Welt bedeuten.

Der Anschlag der Rede wurde beschlossen, nachdem noch Parnacei sein Bedauern ausgesprochen hatte, daß der Vertrag ein geeintes Deutschland auflese.

Die Initiative des Auslands.

Von

Dr. S. B. Edwards,

Sonderberichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

* Frankfurt a. M., 10. Oktober.

Der Mangel einer klaren und weitläufigen deutschen Handelspolitik ist nie so scharf wie in den letzten Tagen auf der Frankfurter Messe hervorgetreten. Zahlreiche Ausländer, durch das Bild der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie auf das Angenehmste enttäuscht, suchen hier Mittel und Wege, um mit Deutschland dauerhafte Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Jeder Interessentenvorschlag, der zu diesem Zwecke vom Auslande kommt, wird von unserer Handelswelt als ein Wunder bestaunt oder als ein Evangelium kritillos aufgenommen. Dies geschieht nur deshalb, weil die deutsche Geschäftswelt immer noch auf handelspolitischem Gebiete im Dunkeln herumtappen muß; es fehlt das Programm und das klare Ziel.

Diese Direktionslosigkeit hat hier merkwürdige Erscheinungen zur Folge gehabt. Statt daß den hier anwesenden ausländischen Kaufleuten die Grundlagen einer neuen deutschen Handelspolitik erläutert werden, hat sich die hiesige Handelskammer veranlaßt gesehen, in kleinem Kreise eine Aussprache der ausländischen Kaufleute mit der hiesigen Geschäftswelt über die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Deutschland herbeizuführen. Die Aussprache förderte zwei Punkte zu Tage, nämlich den in dieser Woche überall breitgetretenen Willen des Auslandes, mit uns Handel zu treiben und die selbstverständliche Anerkennung der Ausländer, daß Deutschland angesichts des Standes seiner Valuta nicht zum Inlandpreise an das Ausland verkaufen kann. Hier handelt es sich nur um eine verschleierte Form der Entgegennahme der ausländischen Wünsche bezüglich der Ausgestaltung unserer künftigen Handelspolitik.

Durch die Schriftleitung der in Frankfurt, London und New York zugleich in deutscher und englischer Sprache erscheinenden Handelszeitung „The World of Trade“ wurden alle Interessenten an deutsch-englischen und deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen gestern abend zu einer Versammlung zusammengerufen, in der über diese Frage berichtet wurde. Der Einrufer, Dr. Abel - Musgrave, machte nach einleitenden Ausführungen, in denen er zu beweisen suchte, daß Deutschland sich nur England und der Union politisch und wirtschaftlich nähern dürfe, den Vorschlag, unter seiner Leitung einen Ausschuss einzusetzen, der die Anbahnung dieser Beziehungen zu studieren und durch aktives Vorgehen im geeigneten Augenblick auch tatkräftig zu fördern habe. Die von auslandsdeutschen Exporteuren aufbesuchte Versammlung stimmte diesem Vorschlage bei. Daß diese Bestrebungen dazu bestimmt sind, einen deutsch-französischen Ausgleich zu Gunsten einer einseitigen Bindung Deutschlands an die angelsächsischen Verhältnisse zu hintertreiben, geht aus den Beiträgen der Zeitschrift hervor.

Der Kern lautet: „Eine Garantie für den Weltfrieden würde durch das Bestehen eines alle Völker umfassenden Bundes geleistet werden können, aber hartbleibende Politiker der Entente kräuben sich gegen den Eintritt Deutschlands. Frankreich will gar den Völkerverbund dazu benutzen, Deutschland durchaus zu vernichten und sich die Hegemonie in Europa zu sichern. Das würde eine Verewigung des Militarismus und der Unfreiheit Europas im Sinne der französischen Kapitalisten bedeuten. Das Volk in Amerika weiß den Bund zurück, weil es nicht verpflichtet sein will, im Falle neuer europäischer Wirren Gut und Blut zu opfern. Diese Tatsache spricht an und für sich dafür, daß man die Wiederkehr solcher Wirren in Europa erwartet. Inmitten dieser Wirren und Gefahren zeigt sich aber ein Ausweg, der zum Höheren Ziele führt: die Annäherung Deutschlands an Amerika und England, also an Ansehlichen überhaupt. Der Weltkrieg brachte die prophezeite Amerikanisierung der Welt, wenigstens teilweise zur Ausführung und leitete die neue Phase einer unvermeidlichen angelsächsischen Entwicklung ein. Das Ansehlichkeit, bestehend aus Amerikanertum und Britentum, wird seinen endgültigen Siegeszug durch die Welt vollenden. Die Wahl dürfte Deutschland nicht schwer fallen. Stammesverwandt, Sprachverwandt und wesenverwandt muß sich das deutsche Volk unter Wahrung seiner Selbstständigkeit und Entschlossenheit an das Angelsächsischen anschließen.“

Daß diese Bewegung eines Tages mit einer neuen Auflage eines englischen oder amerikanischen Planes Deutschland überrollen wird, liegt im Bereiche des Möglichen. Es ist nun Aufgabe unserer Regierung durch eine klare Politik sowohl auf dem Gebiete des Wiederaufbaues, wie auf dem Gebiete unseres gesamten auswärtigen Handels zu vermitteln, daß das Ausland uns die Politik aufdrängt, die es wünscht.

Wir haben weltwirtschaftlich noch so viel, daß wir immer noch der Welt haften können, zu welchen Ansehlichen und unter welchen Modalitäten wir in den Weltverkehr wieder eintreten werden. Daß wir das am besten tun können